

Bezugspreis: Vierteljahr 2.75 RM., monatlich 2.25 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Donnerstag, den 6. Februar 1919. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Eröffnung der Nationalversammlung.

Begrüßungsrede Eberts.

Zur Stunde, in der dieses Blatt in die Welt geht, läuten in Weimar die Glocken ein neues Deutschland ein.

Denn durch die Wahlen des 19. Januar und durch den Zutritt dieser Versammlung beginnt sich das deutsche Volk nach einer Zeit notwendiger Auflösung wieder neu zu organisieren.

Ein Volk ist kein Verein, sondern eine Zwangsgemeinschaft. Natur und Geschichte, Wirtschaftsnötigkeit und Kulturgemeinschaft haben es zu einer Einheit zusammengeknüpft.

Heute kämpft der Gedanke der Demokratie, wie ihn die Sozialdemokratie stets vertreten hat, gegen das umgestülpte Junkertum der Spartafraktion, die dem Proletariat das Demagogentum politischer Vorrechte zugeordnet hat.

Während so das Problem klar und mit unerbittlicher Schärfe gestellt ist, sucht sich das Berliner Organ der Unabhängigen die „Freiheit“ noch immer um die Entscheidung herumzudrücken.

Für uns ist Weimar nicht der Brennpunkt der Politik. Schon deshalb nicht, weil der Parlamentarismus, möchte er auch auf besserer Grundlage ruhen als der von Weimar, uns nicht als das A und das O der politischen Weisheit gilt.

Wenn Karl Marx schon über den Geschichtsschreiber Raumer spottete, der aus lauter Eifer und Andererseits zusammengeleiert sei, wie würde er erst über den „Marxismus“ der „Freiheit“ urteilen!

Die Nationalversammlung ist nicht „bis zu einem gewissen Grade“ die Trägerin der Demokratie, sondern sie ist es ganz und gar.

Die schwankende, grundloslose Haltung der „Freiheit“ ist ein schlechtes Vorzeichen für die neuen Verhandlungen, die die sozialdemokratische Fraktion mit der Gruppe der Unabhängigen anknüpfen versucht hat.

ziehung durch den Willen der Mehrheit des Volkes bestimmt wird.“ Ein klares Bekenntnis der Unabhängigen zu diesem Grundsatze, der für jeden Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit ist, würde die Stellung des sozialistischen Proletariats in der Nationalversammlung und in der Regierung stärken und zur Sicherung und zum Ausbau der revolutionären Grundgesetze wesentliches beitragen.

Können sich die Unabhängigen aber zu einem solchen Bekenntnis nicht bequemen, so stärken sie durch ihr Verhalten die bürgerlichen Parteien und erschweren der Sozialdemokratie ihre Aufgabe.

In diesem Augenblick schweben noch die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage.

Der Sozialdemokratie ist durch den Ausfall der Wahlen die Mission angefallen, zu führen, nicht zu herrschen.

Eberts Eröffnungsrede.

Weimar, 6. Februar. Ebert begrüßte zunächst die Nationalversammlung als die höchste und einzige Souveränität in Deutschland.

und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung zuzuschieben. Man helfe und nicht vor die herabhängende Wahl: Vor das Verhängnis und die Schmach.

haben kann, der Wohlfahrt und Kultur des Volkes erhöht, dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit.

Die Anschlussklärung der deutschösterreichischen Nationalversammlung

erwidert Ebert mit herzlichem Gruß und sagt: Er sei sicher, im Sinne der Nationalversammlung zu sprechen.

traflos wirtschaftliche Lage,

unter der die jetzige Regierung im eigentlichen Wortsinne als Konkursverwalter des alten Regimes die Regierung angenommen hat.

Deutschösterreich in Weimar.

Vertretung in der sozialdemokratischen Fraktion.

Weimar, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der gestrigen Nachmittagsführung der sozialdemokratischen Fraktion mochte man erstmalig ein Vertreter der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, Genosse Schäfer-Reichenberg, bei.

Deutsche in Deutschböhmen

jetzt unter einer Gemaltherrschaft leiden, die schlimmer sei, als sie sie unter dem Regime Stürgkh erlebt hätten.

Enteigneter Großgrundbesitz.

Offen, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung des „Vorwärts“.) Der Vollzugsrat in Ratingen ging zur Enteignung des Großgrundbesitzes über.

Die Internationale in Bern.

Bern, 6. Februar. Vormittagsitzung. Vizepräsident W. Haupt brachte eine aus der Kommission hervorgegangene Resolution über den Völkerbund zur Verlesung, über deren Inhalt und Annahme wir bereits im Morgenblatt berichteten. In der Fortsetzung der Diskussion erklärte der russische Delegierte Wienstock, die russische Revolution sei zugrunde gegangen, weil die Internationale sich nicht eingemischt habe. Nicht sei die deutsche Revolution in Gefahr. Die Internationale müsse ihr zu Hilfe kommen. Der Zionist Loder (Polen) begründete unter gleichzeitiger Erwähnung der Lage der jüdischen Bevölkerung in Rumänien und Polen die Notwendigkeit und Berechtigung der jüdischen Selbstbestimmung. Troelstra (Holland) legt den Hauptwert darauf, daß keine Nation hinfort ein Skavenleben führen darf. Die Internationale sei ein Heer ohne Waffen, aber sie müsse die Waffe der Ueberzeugung haben und sie begrüße alles, was dem Zustandekommen des Völkerbundes dienlich könne. Troelstra begrüßte die Resolution für den Völkerbund, die der Zustimmung aller sicher sein könne. Die Hauptforderung, die der Völkerbund erheben müsse, sei die, daß er die Produktion und die Hochwertigkeit der Welt beherrsche. Die größte Gefahr, die aufstehe, sei die, daß man

in Paris den Völkerbund willkürlich festsetzen wolle.

Troelstra verlangt einen Völkerbund, in dem solche Schändlichkeiten wie Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen unmöglich seien. Auch die Verhältnisse in Ungarn und die Eigenmächtigkeiten der Polen bei ihrem Vorgehen auf Danzig forderten zum Protest der Internationale heraus. Das internationale Proletariat müsse darüber wachen, daß der Völkerbund kein Schwindel werde. Die Arbeiter müßten über den wahren Charakter des Völkerbundes aufgeklärt werden.

Die Nachmittagsitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz war, wie die Vormittagsitzung, gleichfalls der Erörterung der Frage des Völkerbundes gewidmet. Der französische Abgeordnete Milhaud verlangt die Schaffung eines Schlichtungsorgans und eines internationalen Parlaments. Er fordert ferner die Errichtung einer internationalen Polizeimacht unter internationaler Kontrolle und betont, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten, die oft zum Kriege geführt hätten, durch einen gerechten Austausch der Rohstoffe und Güter beseitigt werden müßten. In seinen weiteren Ausführungen wendet er sich in überaus scharfer Weise gegen die deutschen Mehrheitssozialisten und erregt mit seinen Vorlesungen wachsende Unruhe unter der Versammlung. Er sagt, die deutschen Sozialisten hätten kein Recht, gegen die Mode zu protestieren, da sie ja ihre Regierung unterstützen hätten. Das Vertrauen zu ihnen sei schwer erschüttert, namentlich durch die Verletzung der belgischen Neutralität und ihr Verhalten während des Krieges.

Die ehemaligen französischen Arbeiter- und jetzigen Mehrheitssozialisten rufen Milhaud zu: Sie sind von der französischen Regierung hierher geschickt, um den Völkerbund zu begraben!

Sodann ergreift Kamiey Radona: d das Wort und besenkt sich als eifriger Anhänger des Völkerbundes, welcher ein Gerichtshof sein müsse für territoriale Fragen, nicht aber eine Polizeimacht zur Erzwingung territorialer Forderungen. Der Völkerbund dürfe nicht auf einzelne Nationen beschränkt bleiben, sondern müsse die ganze Welt umfassen. Er dürfe keine Liga der Regierungen, sondern müsse eine Liga der Völker werden. Die in Paris geplante alljährliche Zusammenkunft der Ministerpräsidenten erscheine wie eine Verhöhnung des Völkerbundes. Goshin mahnt zur Vorsicht gegenüber dem, was jetzt in Paris vor sich geht.

Eranting verliest eine Erklärung der deutschen Mehrheitssozialisten, in der es heißt: Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie immer man ihre Politik während des Krieges beurteilen mag, jetzt durch die Tat den entschlossenen Willen bekundet, ihre ganze Kraft dem Aufbau der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und im Geist und im Dienste der Internationale gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder im Völkerbund den Sozialismus zu verkörpern.

Eranting schlägt der Versammlung folgende Resolution zur Annahme vor: Die Konferenz in Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit am Kriege gelöst ist, sowohl durch die Aussprache, als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des revolutionären Deutschland und dessen völlige Lösung von dem durch den Krieg verantwortlichen alten System bekundet hat. Indem die Konferenz die deutsche Revolution und die demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeigeführt hat, begrüßt, sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale. Die weitere Erklärung, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerbund abgegeben haben, über-

zeugte die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeitermassen der ganzen Welt die stärksten Mittel zur Niederhaltung jeden Militarismus und aller Versuche, die internationale Demokratie zu vernichten, vorzubringen und zu verwirklichen werden. Die Konferenz steht in den in ihr geführten Debatten einmütig und übereinstimmend für ein künftiges internationales Kongress, dessen Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, über die weitgeschichtliche Frage der Verantwortlichkeit das Urteil der Internationale zu fällen.

Diese Resolution, deren Verlesung mit wiederholtem Beifall begleitet wird, wird gegen wenige Stimmen von der Konferenz angenommen, nachdem der französische Abgeordnete Thomas zu den deutschen Sozialisten gesagt hatte: Ich will Euch ganz offen sagen, daß mein Vertrauen zu Euch noch nicht völlig wiederhergestellt ist, und es fällt mir deshalb schwer, für die Resolution zu stimmen. Ich tue es aber im Vertrauen auf die Massen, die hinter Euch stehen.

Damit schließt die heutige Nachmittagsitzung.

Die Eröffnung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 6. Februar. Nach einer Meldung der Schweizerischen Telegraphenagentur wurde die Internationale Konferenz der Gewerkschaften gestern Abend in Anwesenheit von etwa 40 Delegierten durch den Präsidenten des Schweizer Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Schneberger, eröffnet. Dieser wies darauf hin, daß es die Aufgabe der Konferenz sei, die durch die Entwicklung der Verhältnisse überholten Programme den Rumpfkongressen von Bern und Leeds durch ein neues weitgehendes Programm zu ersetzen. Das Ergebnis der Konferenz solle der Friedenskonferenz zugestellt und als Mindestbestimmung in den Internationalen Friedensvertrag aufgenommen werden. Eine Reihe von Fragen könne erst auf einer späteren Konferenz erledigt werden, da die jetzige nicht ordnungsgemäß einberufen worden sei. Er sagte weiter: In dieser fehlen die offiziellen Gewerkschaftsvertreter Amerikas, Englands und Belgiens. Die deutschen Delegierten sind ohne Mandat ihrer Gewerkschaften. Als Vertreter der Internationalen Sekretariats wird Oudegast heute in Bern eintreffen.

Die Hauptaufgabe der Konferenz betrifft die von einer Kommission des Sozialistenkongresses schon vorbehandelte Arbeiterschaftsfrage, dazu kommt die Frage des künftigen Sitzes der Internationalen Gewerkschaftskommission und indirekt die Frage des Völkerbundes. Der Vorsitzende schloß mit dem Wunsche nach einer Wiederherstellung der durch den Krieg geschädigten Verbindungen unter den Gewerkschaften der verschiedenen Länder.

Das Bureau wurde bestellt mit Schneberger als Präsident und Miser und Ederberg als Vizepräsidenten. Delegierte meldeten an: Deutschland vier, Teutsch-Oesterreich drei, Ungarn einen, Böhmen einen, Frankreich dreizehn, Griechenland zwei, Kanada einen, Schweiz neun, Schweden drei, Norwegen drei und Dänemark zwei. — Desmoulin (Frankreich) eröffnete die geschäftlichen Verhandlungen mit der Erklärung, daß über die Regelung der internationalen Fragen zuerst die Arbeiter und ihre Organisationen, nicht aber die politischen Pariser Instanzen beschließen müßten. Dementsprechend wurde beschlossen, die Entschliessungen der sozialistischen Vorkonferenz entgegenzunehmen. — Präsident Janssen führte u. a. aus: Es ist das Verdienst der französischen Genossen, von ihrer Regierung verlangt zu haben, daß beim Friedensschluß eine Neuregelung des Arbeiterrechtes durchgeführt werden sollte. Der achtstündige Arbeitstag ist heute eine Selbstverständlichkeit. Wo er noch nicht eingeführt ist, müssen ihn die Gewerkschaften unverzüglich mit allem Nachdruck fordern. In Anbetracht der schweren Schwächung der Volkskraft in allen Ländern durch den Krieg hat die Gewerkschaftskonferenz die Aufgabe, energische Forderungen für den Schutz der Kinder, der Jugendlichen und der Arbeiterinnen aufzustellen. Als Altersgrenze für den Kinderdreh fordern wir heute 15 Jahre. Weitere Forderungen betreffen die Hygiene, die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben und der Heimindustrie. Zur Durchführung dieser Forderungen dürften die bisherigen internationalen Vereinigungen für gesetzlichen Arbeiterschutz nicht mehr unter der Kontrolle der Regierungen stehen. Mit den französischen Genossen sind darin die deutschen der Meinung, daß der Arbeiterschutz dem Völkerbund übertragen werden muß, der durch eine offizielle Einrichtung diesen Schutz durchzuführen hat. Berner ist ein internationales Arbeitsparlament zu schaffen, das alljährlich zusammentritt und das sich aus den Vertretern der Arbeiterorganisationen aller Länder zusammensetzen muß. — Nach der Rede Janssens vertagte sich die Konferenz auf heute nachmittag.

an, ohne auch nur die Spur eines Beweises für diese Dinge, in Wahrheit grauenhafte Lügen und Verleumdungen, zu erbringen. In der Hauptsache gipfelte seine Rede darin, jeder Handlung der Regierung und jeder Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei die schmutzigsten und niedrigsten Motive nachzusagen. Seine Ausführungen ließen jede Sachlichkeit vermischen und gipfelten in der wiederholt ausgesprochenen Forderung, daß nur verbrecherische Motive und von Kapitalisten erkaufte Stellungnahme die Triebfeder aller Handlungen sei.

In der Debatte ergriff Wegmann vom Vollzugsrat das Wort. Er forderte auf, unter den revolutionären Arbeitern größtmögliche Propaganda für den Eintritt in die von der Regierung gebildeten Freiwilligenkorps zu machen, damit die Arbeiter in den Truppenkörpern die Oberhand bekommen und sobald durch Meuterei es verhindern sollen, daß die Truppen gegen ihre proletarischen Brüder wie in Bremen und gegen die Volkswirten (auch liebe proletarische Brüder!) vorgehen. Sie sollten vielmehr dahin wirken, daß die Gewehre im rechten Moment umgedreht werden. Berner polemisierte er gegen die im Reichstag befindliche republikanische Schutztruppe, deren Unterhalt nach seiner Behauptung aus von Großkapitalisten gestifteten Mitteln bestritten werde. Diese Truppe sei dadurch eine Schutztruppe des Kapitalismus und die Regierung gebe sich, indem sie dies durchführe, dazu her, dem Kapitalismus allein Ehrendienste zu leisten.

Er bezeichnete Radke als den Mörder von Rosa Luxemburg und Axel Liebknecht und begründete das damit, daß er den Rufus zur Bildung der Winterdortener Bürgerwehr, die die beiden Getöteten verbannt habe, unterzeichnet hätte. — In den Einigungsbestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie vertrat er den Standpunkt, daß die Verschmelzung nur unter allseitiger Anerkennung des Räteprinzips mit weltanschaulichen politischen Befugnissen der Arbeiter- und Soldatenräte erfolgen könne. Bemerkenswert ist bei seinen Ausführungen die Bemerkung, daß die Scheinweise der „Freiheit“ nicht allseits gebilligt werden könnte.

Willi Kramenz berichtete zuerst über einen gegen seinen Bruder geführten Spezialprozess und behauptete, daß dieser, wie auch andere Angeklagte ohne jede Spur eines Beweises verurteilt worden seien. Das Scheinmuggeln in die Regimentsgruppen, wie es Wegmann beschwörtet habe, sei nicht so einfach. Er selbst habe versucht, sich beim Regiment Reinhardt zu melden, sei aber abgewiesen worden, indem man ihm eine Photographie zeigte, auf der er auf dem bewaffneten Automobil der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken abgebildet ist. Für zukünftige Zusammenstöße und Tötung forderte er seine Gesinnungsgenossen auf, sich auf keinen Fall wieder in Verhandlungen einzulassen, sondern einfach die Parlamentäre niederzuschlagen. Die Verhandlungen während der Spezialprozess und in Bremen seien nur deswegen von seiten der Regierung geführt worden, um den richtigen Moment zum Blutvergießen zu erwarten. Er forderte auf, wenn es so weitergehe wie bisher, schnellig Bünden zu bilden, um so gegen die Regierung zu kämpfen.

Soweit der Bericht. Die Reden Wegmanns und Kramenz stehen in ihrer herzerstreckenden Offenheit im Gegensatz zu der demagogischen „Friedenspolitik“ der „Freiheit“, indem sie beweisen, wo, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft die Bluthunde zu finden sind. Wie sind sie doch so gelehrige Schüler des von ihnen angeblich so gehaßten Chauvinismus: provozieren bis zum äußersten, bis der Krieg da ist — um ihn dann mit Vbrufen in einen Verteidigungskrieg Garmlolet umzufächeln. Die plumpe Art, in der das getan wird, kennzeichnet nur, wie niedrig das Begriffsvermögen der Arbeitermassen von dieser Seite eingeschätzt wird.

Groß-Berlin

Kommunale Arbeiterräte der S. P. D.

Die kommunalen Arbeiterräte, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, werden gebeten, Freitag, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, im Herrenhaus, Zimmer 20, zu einer Versammlung zu erscheinen. Legitimationskarte und Organisationsausweis mitbringen! Im Auftrage: Otto Frank.

Reinigt die Bürgersteige.

In vorrevolutionären Zeiten war die Polizei besonders bemüht, bei beendeter Schneefall dafür zu sorgen, daß die Bürgersteige bald wieder der weißen Erde ledig wurden. Hausbesitzer oder Pförtner, welche müßig waren, wurden von Beamten, die von Haus zu Haus gingen, an ihre Pflicht erinnert und ihnen im Nichtbefolgungsfalle Geldstrafen in Aussicht gestellt. Das war sicherlich eine Funktion der Polizei, die auch schon früher die volle Zustimmung des Publikums fand.

Um so mehr müssen wir beauern, daß es jetzt anders ist. Soweit beobachtet werden kann, ist nur sehr wenig geschehen, um die Bürgersteige von den Ueberbleibseln des letzten Schneefalles — den großen Eishockern — zu befreien. Dringender als je muß daher der Ruf erhoben werden: Reinigt die Bürgersteige!

Eigentlich sollte sich eine derartige Mahnung erübrigen, schon in Rücksicht auf die vielen Kriegsverletzten, die ja Unfälle besonders ausgeföhrt sind. Für sie sind die dadurch herbeigeführten Unfälle viel schwerwiegender als für gesunde Passanten. Alte Wunden brechen leichter auf und bringen wieder heftige Schmerzen und langwieriges Krankenlager.

Deshalb muß unverzüglich die sofortige Reinigung von Schnee und Eis durchgeführt werden.

Mehr Nahrungsmittel für Kinder

fordert eine Mutter in einer Zuschrift an uns. Sie sagt, daß es ihr unmöglich sei, mit den bemittelten geringen Nahrungsmittelmengen ihre Kinder satt zu kriegen. Schon für den 6 Monate alten Säugling reicht das nicht aus, was sie für ihn zugewiesen erhält. Für ein 2½ Jahre altes Kind ist ihr seit längerer Zeit nicht mehr gegeben worden, so daß sie die größten Schwierigkeiten mit der Ernährung hat. Sie muß die Kleinen aus den Nationen der Erwachsenen mit Brot zu machen suchen, aber Kartoffeln und saures Kriegsbrot sind für jungen Kindern nicht dienlich. Die Mutter weist voll Bitterkeit darauf hin, daß Familien mit Kindern oft wegen der Lebensmittelrationen für die Kinder bedrückt werden. „Wer kann“, fragt sie, „sich in die Lage einer verzweifelter Mutter hineinsetzen, wenn man zusehen muß, wie seine Kinder dem sicheren Untergang entgegengehen?“ Die Zuschrift istliche: „Neutrals oder ionenante Feinde! Kann uns den niemand helfen, ehe es zu spät ist!“

Erzte und Verschrödeln. Herr Sanitätsrat Dr. J. Simon schildert uns die schwere Vereinfachung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung durch das jetzige Verschrödeln, dessen Steigerung wir ja noch zu gewärtigen haben. Er macht folgenden unbedingt bedingungslosen Vorschlag: Jeder Straßenbahn- oder Untergrundbahnfahrer müßte verpflichtet sein, auf den Zuruf „Arzt!“ aus dem Publikum dem Betreffenden, natürlich gegen entsprechende Ausweis, unter allen Umständen Platz zu schaffen. Ebenso müßten die zahlreichen Militärautos auf einen solchen Zuruf halten und den Arzt, wenn das ohne Aenderung der Fahrtrichtung und ohne Fahrerlaubnis möglich ist, ein Städchen mitnehmen. Halbbreiche Drocheln oder Privatfahrwerke sollten sich verpflichtet fühlen, auf den Zuruf „Arzt!“ zu halten und den Betreffenden, natürlich gegen Vergütung, mitzunehmen, wenn dies ohne Zeitverschwendung geht. In anderen Großstädten, besonders im Ausland, geschah das schon vielfach im Frieden.

Die Eisenbahnverwaltung gegen die Zeitungshändler. Ein Druckfehler hat in dem Artikel „Wegen liegende Zeitungshändler“ (in Nr. 67, Morgenansage vom 6. Februar) der vom Stettiner Bahnhof über Bremen zum Zeitungshändlern berichtete, den Sinn in sein Gegenteil verkehrt. Nicht für „berechtigt“, sondern für „unberechtigt“ würden wir, wie übrigens aus dem ganzen Artikel hervorgeht, die Herabsetzung halten, daß auch liegende Zeitungshändler eine Anerkennungsgeld für zahlen sollen.

Kritik. Taubstumme! Es wird noch einmal auf die Verformung aller Taubstummen Groß-Berlins, die Freitag, abends 6½ Uhr, in Sackes Reichlin, Biberke 17, stattfinden, aufmerksam gemacht. Die Genossen Donner, Hamburg und Weber-Kiel referieren.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Winterdort. Mitgliederversammlung am Sonntag, abends 9 Uhr, in der Oberrealschule am Lindenburgerpark. Legitimation (Mitgliedsbuch oder Quittung) mitbringen.

Aus aller Welt.

Ein schwedisches Schiff durch eine Mine untergegangen.

Stockholm. Der schwedische Dampfer Spjng fuhr auf eine Mine und ging unter. 17 Mann der Besatzung sind ungelungen. Kapitän „Evens“ Handeldingsson hat damit die schwedische Handelsflotte durch den Krieg bisher 180 Schiffe mit zusammen 202 233 Tonnage-Mengen verloren.

Berichtswortlich für Politik: Otto Frank, Berlin; für den ökonomischen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für den literarischen Teil: Walter Müller, Berlin; für den künstlerischen Teil: Walter Müller, Berlin; für den sportlichen Teil: Walter Müller, Berlin; für den wissenschaftlichen Teil: Walter Müller, Berlin; für den literarischen Teil: Walter Müller, Berlin; für den künstlerischen Teil: Walter Müller, Berlin; für den sportlichen Teil: Walter Müller, Berlin; für den wissenschaftlichen Teil: Walter Müller, Berlin.

